

**Rede
des Parlamentarischen Geschäftsführers**

Grant Hendrik Tonne, MdL

zu TOP Nr. 12

Abschließende Beratung

**Anklage des Landtages gegen Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt vor dem Staatsgerichtshof
wegen der vorsätzlichen Verletzung von Verfassung
und Gesetz gemäß Artikel 40 Abs. 1 der
Niedersächsischen Verfassung**

Antrag des Abg. Adasch und 53 weiterer Mitglieder der Fraktion der
CDU – Drs. 17/6993

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und
Verfassungsfragen – Drs. 17/7283

während der Plenarsitzung vom 01.02.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

wir haben soeben eher lustlose und pflichtgemäße Ausführungen zu Ihrem Antrag gehört.

Nichts Neues und vor allem immer noch nichts Gehaltvolles zum eigenen Antrag. Da hat offensichtlich die Erkenntnis Einzug gehalten, dass das Pferd, welches man geritten hat, von vorneherein tot war.

Sie wollten einen vorsätzlichen Rechtsverstoß der Kultusministerin darlegen. Tatsächlich vorgelegt haben Sie jedoch einen Wust an Unterstellungen, an Behauptungen und Vermutungen. Sie sind jeden Beweis für Ihren Antrag schuldig geblieben. Wir werden daher heute diesen an sich schon überflüssigen Antrag auch ablehnen.

Unter dem Strich verengt es sich auf Ihre falsche Unterstellung, die Kultusministerin hätte nach Kenntnis des Vorganges der Niqab-tragenden Schülerin in Belm nichts gemacht.

Ihnen ist wiederholt und detailliert dargelegt worden, wie engmaschig die Beratung und Begleitung der Schule und auch der Schülerin seit Kenntnis der Informationen gewesen ist.

Und bei aller Einigkeit im Grundsatz, dass das Tragen eines Niqab in der Schule von uns – der Politik – nicht gewollt und nicht gewünscht ist, so sehr begrüße ich das vermittelnde und auf Konsens angelegte Verhalten der Beteiligten. So sehr wir auf die Durchsetzung dieses Grundsatzes drängen, so richtig ist es, Besonderheiten im Einzelfall zu berücksichtigen. Das ist schwierig, das erfordert Zeit und das erfordert Gespräche – welche stattfinden!

Alles in allem: das ist das genaue Gegenteil von Nichtstun!

Ihnen ist wiederholt und detailliert dargelegt worden, warum der Fall in Belm ein besonderer Fall ist, den man eben nicht mit einem 08/15-Formblatt auflösen kann,

sondern dem Aspekt des Vertrauensschutzes einen besonderen Stellenwert einräumen muss.

Die Beiträge der Opposition waren bisher stets überschrieben mit: „Behelligen Sie mich bitte nicht mit Fakten – ich begründe meine Meinung gerne mit Absurditäten!“

Und Ihnen ist wiederholt und detailliert dargelegt worden, in welcher schwieriger rechtlicher Situation mit völlig unterschiedlichen Rechtsgütern man sich befindet.

Vor diesem Hintergrund sage ich meinen ganz ausdrücklichen Dank an das Kultusministerium, an die Landesschulbehörde und auch an alle Verantwortlichen vor Ort für ihren sachlichen, ruhigen und verantwortungsbewussten Umgang. Ganz besonders auch meinen Dank an die Schule – seit Wochen bewahrt man dort in einer ganz schwierigen Situation einen kühlen Kopf.

Ich erlaube mir an dieser Stelle auch mal den Einschub, dass es auch zu den Pflichten der Opposition und hier besonders der CDU gehört, wenigstens ein klein bisschen darüber nachzudenken, was man mit dem Hochziehen eines Einzelfalles, dem völligen Ausblenden von Maß und Mitte durch eine überzogene Debatte vor Ort alles an Unruhe und Unfrieden anrichtet. Und ob man ehrlich glaubt, damit der Lösung dieses Vorganges dienlich zu sein.

Selbst Ihre eigenen Leute sind doch mittlerweile entsetzt über Ihre Art und Weise einer Debattenkultur bzw. eher einer Unkultur.

Es müsste sie doch wenigstens nachdenklich machen, wenn der Landesschülerrat sich einschaltet und ausführt:

„Die Schülerin soll in Ruhe ihren Abschluss an der Oberschule erfolgreich beenden und nicht im Mittelpunkt der Politik stehen. Wahlkampf auf Kosten einzelner Schüler, die kurz vor ihrem Schulabschluss stehen, ist einfach inakzeptabel.“

Das Verhalten von Schule, Landesschulbehörde und dem Kultusministerium ist das wohlthuende Kontrastprogramm zu einer stets skandalisierenden und effekthascherischen Politik der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen – in diesem Fall auf Kosten einer Schülerin!

Eines müssen wir doch auch mal festhalten:

In diesem Fall war es einzig und allein die CDU in Niedersachsen, die sich mühte und fast schon quälte, damit man endlich von außen den Schulfrieden in Belm stören kann.

Ich empfinde es als besondere Genugtuung, dass Ihnen das nicht gelungen ist.

Angesichts dieser Umstände muss man sich doch fragen, was treibt die CDU eigentlich an?

Die Antwort ist ganz einfach:

Sie versuchen, unverantwortlich Verunsicherung in der Bevölkerung zu säen, sei es durch diesen Antrag, sei es durch Ihren Untersuchungsausschuss – dort ist Ihnen keine Behauptung zu abenteuerlich, als das sie nicht ausgesprochen wird – oder durch die Skandalisierungsversuche mit der dünnen Aussicht, hieraus politisches Kapital schlagen zu können. Geschaffen werden soll ein Klima der Angst.

Ich prophezeie Ihnen: Es wird nicht funktionieren, die Menschen hier in Niedersachsen sind schlauer!

Sie haben in der Sache nichts aufzubieten!

Wir werden Ihnen daher heute wieder einmal ein Stoppschild setzen und diesen falschen Antrag ablehnen.

Vielen Dank!